

An die Dienststellen  
gemäß Verteiler TU 3

Aushang

Nr. 160  
27.03.2000

Herausgegeben von  
Präsidenten der  
Technischen Unive:  
Carolo-Wilhelmina  
zu Braunschweig

Redaktion:  
TU-Abteilung 36  
Pockelsstraße 14  
38106 Braunschweig  
Tel. 0531/391-4308  
Fax 0531/391-4575

**Gebühren- und Entgeltordnung  
sowie Überlassungsbedingungen  
der Technischen Universität Braunschweig**

Der Senat der Technischen Universität Braunschweig hat in seiner Sitzung am 09.02.2000 die o.g. Gebühren- und Entgeltordnung beschlossen, die hiermit hochschulöffentlich bekanntgemacht wird. Die Ordnung tritt gemäß ihrem § 9 am 1. April 2000 in Kraft und ist erstmals für das Sommersemester 2000 anzuwenden.

Gleichzeitig werden hiermit die Überlassungsbedingungen der TU Braunschweig über die Nutzung von Einrichtungen und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen außerhalb ihrer gesetzlichen Aufgaben hochschulöffentlich bekanntgemacht. Die Überlassungsbedingungen treten ab dem 01. April 2000 in Kraft.



## **Gebühren- und Entgeltordnung der Technischen Universität Braunschweig**

Gemäß § 81 Abs. 1 Nds. Hochschulgesetz (NHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.03.1998 (Nds. GVBl S. 310) hat der Senat der Technischen Universität Braunschweig am 9. Februar 2000

- für die Teilnahme an Weiterbildungsstudiengängen, Weiterbildungsprogrammen und Einzelveranstaltungen,
- für Gasthörer und Gasthörerinnen,
- für Studierende, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, sowie
- für die Nutzung von Hochschuleinrichtungen durch Außenstehende

folgende Gebühren- und Entgeltordnung beschlossen:

### **1. Weiterbildungsstudiengänge**

#### **1.1 Grundsatz**

1.1.1 Von den gemäß der Immatrikulationsordnung eingeschriebenen Studierenden der Weiterbildungsstudiengänge werden Gebühren erhoben.

1.1.2 Für jeden Weiterbildungsstudiengang wird eine gesonderte Gebühr festgesetzt, deren Höhe unter Beachtung der nachstehenden Grundsätze ermittelt wird.

#### **1.2 Kostenermittlung, Abschläge, Gebührenhöhe**

##### **1.2.1 Kostenermittlung**

Es werden folgende Kosten berücksichtigt:

- direkte Personalkosten  
(Leistungen des vorhandenen Personals und Kosten des zusätzlich beschäftigten Personals)
- Sachkosten  
(Materialkosten und anteilige Kosten für die Inanspruchnahme von Geräten)
- Gemeinkostenzuschlag in Höhe von 15 v. H. der Personal- und Sachkosten.

##### **1.2.2 Abschläge**

Von den ermittelten Kosten können Abschläge jeweils von bis zu 50 v. H. vorgenommen werden

- bei einem besonderen staatlichen oder hochschulpolitischen Interesse,
- bei Markteinführung.

##### **1.2.3 Gebührenhöhe**

Die Gebührenhöhe pro Studierenden errechnet sich aus den nach 1.2.1 und 1.2.2 ermittelten Kosten dividiert durch die Anzahl der durchschnittlich in Anspruch genommenen Studienplätze für den Weiterbildungsstudiengang. Die Gebührenhöhe wird in der Zulassungsordnung festgelegt.

##### **1.2.4 Kostenübernahme durch Dritte**

Sofern Kosten des Weiterbildungsstudiengangs von Dritten übernommen werden, wird die Gebühr entsprechend reduziert.



## 2. Weiterbildungsprogramme und Einzelveranstaltungen

### 2.1 Grundsatz

Von Personen, die an nicht studiengangsbezogenen Weiterbildungsprogrammen oder Einzelveranstaltungen der Weiterbildung teilnehmen, werden Entgelte erhoben.

### 2.2 Kostenermittlung und Entgeltfestsetzung

Bei der Kostenermittlung und Entgeltfestsetzung ist 1.2 entsprechend anzuwenden. Für Weiterbildungsprogramme und Einzelveranstaltungen, die mit gleichartigen Angeboten privater Unternehmen konkurrieren, werden marktübliche Entgelte festgesetzt.

## 3. Gasthörer und Gasthörerinnen

### 3.1 Teilnahme an Lehrveranstaltungen

Personen, die an einzelnen Lehrveranstaltungen des grundständigen oder postgradualen Studiums teilnehmen möchten, werden auf Antrag als Gasthörer bzw. Gasthörerinnen nach Maßgabe der Immatrikulationsordnung der Technischen Universität Braunschweig zugelassen. Es werden Entgelte in folgender Höhe pro Semester festgesetzt:

Bei Belegung	SS 2000 bis WS 2001/2002	ab SS 2002
bis zu 4 SWS:	150 DM	200 DM
von mehr als 4 SWS	200 DM	300 DM

### 3.2 Erbringung von Studienleistungen und Ablegung von Prüfungen

Für die Erbringung von Studienleistungen und Ablegung von Prüfungen (§ 33 Abs. 4 Satz 2 NHG) werden gesonderte Entgelte erhoben. Die Kostenermittlung und Entgeltfestsetzung erfolgt nach 1.2 durch die zuständigen Prüfungsausschüsse.

### 3.3 Veranstaltungen ausschließlich für Gasthörer und Gasthörerinnen

Bei Veranstaltungen, die ausschließlich für Gasthörer und Gasthörerinnen angeboten werden, sind die Kosten von der jeweils zuständigen Einrichtung nach 1.2 zu ermitteln und festzusetzen.

## 4. Studierende, die das 60. Lebensjahr vollendet haben

### 4.1 Höhe der Studiengebühren

Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und sich für einen grundständigen oder postgradualen Studiengang einschreiben, entrichten neben den Beiträgen für das Studentenwerk und die Studentenschaft sowie dem Verwaltungskostenbeitrag Studiengebühren pro Semester wie folgt:

	SS 2000/ WS 2000/2001	SS 2001/ WS 2001/2002	ab SS 2002
Gruppe I:	300 DM	400 DM	500 DM
Gruppe II:	600 DM	800 DM	1.000 DM

### 4.2 Zuordnung der Studiengänge zu den Gruppen

Zur Gruppe I gehören die Studiengänge der Fachbereiche 1 (mit Ausnahme der Informatik), 9 und 10.

Zur Gruppe II gehören die naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge (Studiengänge der Fachbereiche 2 bis 8) sowie die ingenieurwissenschaftlichen Kombinationsstudiengänge Wirtschaftsingenieurwesen und Wirtschaftsinformatik und der Studiengang Informatik.



- 4.3 Studierende der Gruppe II zahlen bis zum Abschluss des Vordiploms die Gebühr gemäß Gruppe I.

## **5. Nutzung von Universitätseinrichtungen durch Außenstehende**

### **5.1 Überlassung von Universitätseinrichtungen**

- 5.1.1 Universitätseinrichtungen dürfen Außenstehenden nur nach Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung gegen Entgelt überlassen werden, wenn das Ansehen der Universität nicht beeinträchtigt und der Grundsatz der Gleichbehandlung gewahrt wird. Außenstehenden gleichgestellt sind Mitglieder und Angehörige der Universität, die die Einrichtungen privat nutzen.

- 5.1.2 Universitätseinrichtungen im Sinne dieser Ordnung sind Grundstücke, Wege, Plätze, Parkflächen, Gebäude, Räume, Ausstattungsgegenstände oder Teile davon, Geräte sowie Dienstleistungen.

- 5.1.3 Für die Überlassung gelten die Bedingungen der Technischen Universität Braunschweig über die Nutzung von Einrichtungen und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen außerhalb ihrer gesetzlichen Aufgaben - Überlassungsbedingungen - vom 1. April 2000, in denen auch die Höhe der zu zahlenden Entgelte – einschließlich Ermäßigungen und Befreiungen von der Entgeltpflicht – geregelt ist.

### **5.2 Nutzung von Angeboten und Leistungen der Zentralen Einrichtungen**

Für die Inanspruchnahme der Leistungen und Angebote der Zentralen Einrichtungen sind von Außenstehenden Entgelte zu entrichten. Bei der Kostenermittlung und Entgeltfestsetzung ist 2.2 entsprechend anzuwenden, ferner gelten für Ermäßigungen und Befreiungen die Bestimmungen der Ziffer 6 sinngemäß. Das Nähere regeln die jeweiligen Benutzungs- und Entgeltordnungen der Zentralen Einrichtungen.

## **6. Ermäßigung und Befreiung**

- 6.1 Auf Antrag können die Gebühren nach 1.2.3 und 4.1 sowie die Entgelte nach 2.2 und 3. in Härtefällen teilweise oder ganz erlassen werden (z. B. beim Empfang von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe).
- 6.2 Gasthörer und Gasthörerinnen, die Studierende einer anderen niedersächsischen Hochschule sind, sind von der Zahlung eines Entgelts nach 3.1 und 3.2 befreit.
- 6.3 Für Mitglieder und Angehörige der Universität gilt 6.2 entsprechend und 6.1 mit der Maßgabe, dass die dort aufgeführten Gebühren und Entgelte – ausgenommen Ziffer 3 - um 50 % ermäßigt werden.
- 6.4 Liegt die Teilnahme an Veranstaltungen der Universität bzw. die Nutzung von Universitätseinrichtungen im besonderen Interesse der Universität, so kann auf die Erhebung von Gebühren und Entgelte vollständig verzichtet werden. Die Erhebung von Gebühren und Entgelten entfällt, sofern die Universität in Verträgen mit Kooperationspartnern für bestimmte Personengruppen Entsprechendes vereinbart hat.
- 6.5 Abweichend von 6.1, 6.3 und 6.4 werden Ermäßigungen und Befreiungen nicht für solche Veranstaltungen gewährt, die ohne vollständige Erhebung der Entgelte und Gebühren nicht durchgeführt werden können.

## **7. Fälligkeit**

Die Gebühren nach 1.2.3 und 4.1 sowie die Entgelte nach 3.1 sind in der Regel vor Semesterbeginn, die Entgelte nach 2.2 und 3.3 vor Veranstaltungsbeginn und die Entgelte nach 3.2 nach Rechnungstellung zu zahlen.

## **8. Übergangsregelung**

### **8.1 Weiterbildungsstudiengänge**

Die in den Ordnungen für Weiterbildungsstudiengänge enthaltenen Regelungen über zu zahlende Gebühren und Entgelte gelten bis zu ihrer Anpassung an die Bestim-

mungen dieser Ordnung fort. Die Anpassung hat bis spätestens 01.04.2002 zu erfolgen.

#### 8.2 Sprachenzentrum

Mit In-Kraft-Treten dieser Ordnung tritt die Gebühren- und Entgeltordnung der TU Braunschweig vom 25.01.1995 mit Ausnahme des § 2 Abs. 2 außer Kraft. Die dortigen Regelungen gelten bis zum Erlass einer Benutzungs- und Entgeltordnung des Sprachenzentrums mit der Maßgabe fort, dass in Satz 1 die Zahl 100 durch die Zahl 130 ersetzt wird.

#### 9. In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am 1. April 2000 in Kraft. Sie ist erstmals für das Sommersemester 2000 anzuwenden.



**Überlassungsbedingungen der Technischen Universität Braunschweig  
über die Nutzung von Einrichtungen und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen  
außerhalb ihrer gesetzlichen Aufgaben – Überlassungsbedingungen -**

**1. Allgemeines**

- 1.1 Die Nutzung von Einrichtungen und Inanspruchnahme von Dienstleistungen erfolgt auf der Grundlage der Gebühren- und Entgeltordnung der TU Braunschweig und den folgenden Bestimmungen.
- 1.2 Universitätseinrichtungen dürfen Außenstehenden sowie Mitgliedern und Angehörigen der Universität zur privaten Nutzung nur nach Abschluss einer vertraglichen Vereinbarung gegen Entgelt überlassen werden, wenn das Ansehen der Universität nicht beeinträchtigt und der Grundsatz der Gleichbehandlung gewahrt wird.
- 1.3 Universitätseinrichtungen sind Grundstücke, Wege, Plätze, Parkflächen, Gebäude, Hörsäle, Räume, Ausstattungsgegenstände oder Teile davon, Geräte sowie Dienstleistungen.
- 1.4 Bestehende Benutzungs- und Entgeltordnungen für zentrale Einrichtungen (z. B. Bibliothek, Hochschulsport etc.) bleiben hiervon unberührt.

**2. Antragsverfahren, vertragliche Vereinbarungen**

- 2.1 Die Nutzung von Einrichtungen und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen können mit dem dafür vorgesehenen Antragsvordruck, dem die Preisliste beigelegt ist, bei der zuständigen Abteilung 53 der Zentralverwaltung beantragt werden. Der Antrag gilt zugleich als Angebot auf Abschluss eines Nutzungs- und Überlassungsvertrages.
- 2.2 Der Antrag ist spätestens fünf Werktage vor dem geplanten Termin der Veranstaltung einzureichen und hat die folgenden Angaben zu enthalten:
  - a) Name und Anschrift des/der Veranstalters/in, bei Organisationen auch der verantwortlichen natürlichen Personen,
  - b) die Bezeichnung der gewünschten Einrichtungen,
  - c) Tag, Uhrzeit und Dauer der Benutzung,
  - d) den Gegenstand der Veranstaltung (Thema, Titel, Inhalt, Zweck),
  - e) ggf. das Veranstaltungsprogramm und die Mitwirkenden,
  - f) die Angabe, ob die Veranstaltung der Gewinnerzielung dient und ob Bundes- oder Landeszuwendungen bewilligt wurden (ggf. ist der Nachweis zu erbringen),
  - g) die Anzahl der als Teilnehmer eingeladenen, vorgesehenen oder erwarteten Personen,
  - h) die Versicherung, dass der/die Veranstalter/in diese Bedingungen kennen und sich ihnen unterwerfen,
  - i) ggf. die Versicherung, dass die Veranstaltung der Besteuerung nicht unterliegt oder sie bei der zuständigen Dienststelle zur Besteuerung angemeldet ist, und – soweit erforderlich – etwaige gewerberechtliche Erlaubnis vorliegt.
  - j) den Nachweis, dass für Partys eine Haftpflichtversicherung in Höhe von mindestens 15.000 DM abgeschlossen worden ist.
  - k) Angaben zur Erhebung von Eintrittsgeldern, Standgebühren oder Tagungsgebühren.
- 2.3 Wird dem Antrag entsprochen, so teilt die zuständige Stelle dies dem Antragsteller in schriftlicher Form mit. Zugleich erklärt sie damit die Annahme des Vertragsangebots. Mit



Zugang der Annahmeerklärung wird der Nutzungs- und Überlassungsvertrag wirksam. Kann dem Antrag und Vertragsangebot nicht entsprochen werden, erhält der Antragsteller eine entsprechende schriftliche Mitteilung.

2.4 Ein Rechtsanspruch auf Überlassung von Einrichtungen oder Dienstleistungen besteht nicht. Die Überlassung kann von der Erfüllung von Auflagen und Bedingungen abhängig gemacht werden.

2.5 Eine Überlassung kann insbesondere dann versagt werden, wenn

- durch die geplante Veranstaltung oder beabsichtigte Nutzung das Ansehen der Universität beeinträchtigt werden würde,
- dies aus Gründen der Gleichbehandlung geboten ist,
- bei einer früheren Veranstaltung des/der Antragstellers/Antragstellerin Sach- oder Personenschäden aufgetreten sind,
- der/die Antragsteller/in mit der Zahlung des Nutzungsentgelts für eine frühere Überlassung oder Erfüllung von Schadensersatzansprüchen aus einer früheren Überlassung im Rückstand ist,
- Veranstaltungsthemen einen Straftatbestand verwirklichen oder zu strafbaren Handlungen aufrufen (z.B. Beleidigung, üble Nachrede, Aufforderung zur Sachbeschädigung),
- eine Veranstaltung eine rein kommerzielle Ausrichtung hat, die sich mit dem Erscheinungsbild einer Universität nicht vereinbaren lässt.

2.6 Die TU Braunschweig ist berechtigt, bis zum Überlassungstermin jederzeit aus wichtigem Grund vom Vertrag zurückzutreten. Die TU Braunschweig haftet nicht für dem Veranstalter oder der Veranstalterin eventuell dadurch entstehende Schäden.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- die Gefahr besteht, dass die Überlassung von Einrichtungen zu Schäden an diesen Einrichtungen führen könnte oder in dem Antrag auf Überlassung Angaben, auf die es für die Entscheidung über die Überlassung ankommt, unrichtig sind,
- eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht,
- für die TU Braunschweig ein unvorhergesehenes Eigeninteresse an der überlassenen Einrichtung oder Dienstleistung entsteht.

### 3. Höhe und Fälligkeit des Entgelts

Die Höhe des zu zahlenden Entgelts richtet sich nach der jeweils gültigen Preisliste (Anlage zu diesen Überlassungsbedingungen). Das Entgelt ist innerhalb von 14 Tagen nach Rechnungsstellung fällig.

### 4. Benutzungsbedingungen

4.1 Bei der Benutzung der Einrichtungen haben die Veranstalter die geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere die sicherheitspolizeilichen Bestimmungen, einzuhalten.

4.2 Veranstaltungen dürfen nur in Anwesenheit eines/r Leiters/in stattfinden. Er/Sie ist für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich.

4.3 Der/Die Leiter/in der Veranstaltung ist verpflichtet, sich vor Beginn der Benutzung bei dem Hausmeister bzw. Pförtner über den Zustand und die Beschaffenheit der zur Benutzung überlassenen Einrichtung einschließlich der Zugangswege zu unterrichten und vor Beginn der Veranstaltung auf etwaige Mängel schriftlich hinzuweisen.



- 4.4 Die Einrichtungen sind sorgfältig zu behandeln und dürfen nur ihrer Bestimmung entsprechend sachgemäß benutzt werden. Eingriffe, Veränderungen und Ergänzungen an betriebstechnischen Einrichtungen dürfen nicht vorgenommen werden.
- 4.5 Durch die Benutzung dürfen Veranstaltungen der TU Braunschweig in keiner Weise gestört werden.
- 4.6 Dem Hauspersonal und den Beauftragten der TU Braunschweig ist jederzeit Zutritt zu den Veranstaltungen zu gewähren; den Anordnungen dieser Personen ist Folge zu leisten, soweit sie sich auf das Nutzungsverhältnis beziehen.
- 4.7 Bei nicht unerheblichen Verstößen gegen die vorgenannten Benutzungsbedingungen kann die TU Braunschweig von dem/der verantwortlichen Leiter/in verlangen, die Veranstaltung vorzeitig abubrechen. Die überlassenen Einrichtungen sind innerhalb einer halben Stunde zu räumen bzw. zurückzugeben. Die Pflicht zur Entrichtung des geschuldeten Entgelts bleibt bestehen. Entsprechendes gilt, wenn eine vorzeitige Beendigung der Veranstaltung wegen drohender Schäden oder sonstiger Gefährdungen erforderlich war.
- 4.8 Gehen die Verstöße oder die Gefahr von Einzelpersonen aus, so kann die TU Braunschweig von dem/der verantwortlichen Leiter/in verlangen, dass die betreffenden Personen von der Veranstaltung ausgeschlossen werden.
- 4.9 Die Veranstaltungen sind so rechtzeitig zu beenden, dass die Einrichtung mit Ablauf der Benutzungszeit geräumt bzw. zurückgegeben wird.
- 4.9.1 Nach Beendigung der Veranstaltung sind die Einrichtungen im ordentlichen Zustand zurückzulassen bzw. zurückzugeben.
- 4.9.2 Die Überlassung von Einrichtungen gilt nur für eigene Veranstaltungen des Antragstellers/ der Antragstellerin. Er/sie ist zur Untervermietung oder Gebrauchsüberlassung in anderer Form an Dritte nicht berechtigt. Ein Verstoß hiergegen berechtigt die TU Braunschweig zur Zurücknahme der Überlassung.

## **5. Haftung, Schadensersatz, Gerichtsstand**

- 5.1 Soweit nicht durch den Überlassungsvertrag etwas anderes bestimmt ist, wird eine Haftung des Landes sowie der TU Braunschweig oder ihrer Bediensteten für Schäden irgendwelcher Art, die Personen, Personengruppen oder Organisationen aus der Benutzung oder Beschaffenheit von überlassenen Einrichtungen erwachsen, nur begründet, soweit die Schäden von der TU Braunschweig bzw. ihren Bediensteten vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurden. Eine Haftung der TU Braunschweig für Folgeschäden ist ausgeschlossen.
- 5.2 Für jeden Schaden an überlassenen Einrichtungen, der durch schuldhaftes Handeln des Veranstalters/ der Veranstalterin, seines/ihrer Personals oder von Teilnehmern an der Veranstaltung herbeigeführt worden ist, haftet der/die Veranstalter/in gegenüber der TU Braunschweig. Die TU Braunschweig behält sich vor, in Einzelfällen eine Sicherheitsleistung (Kautions, Haftpflichtversicherung etc.) zu verlangen.
- 5.3 Der/die Veranstalter/in ist verpflichtet, das Land, die TU Braunschweig und ihre Bediensteten, soweit diesen nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt, von Schadensersatzansprüchen jeglicher Art freizuhalten, die anlässlich der Benutzung überlassener Einrichtungen von Dritten erhoben werden können.



- 5.4 Sind juristische Personen, nicht rechtsfähige Vereine oder sonstige Personenmehrheiten Veranstalter, so haften für Entgelt und Schadensersatz neben ihrem Vermögen auch die Unterzeichner des Vertrages persönlich gegenüber der TU Braunschweig, die Haftung ist gesamtschuldnerisch.
- 5.5 Schadensersatz an die TU Braunschweig ist in Geld zu leisten; eine Frist zur Wiederherstellung des früheren Zustandes wird unbeschadet der Ziffer 5.6 nicht gewährt.
- 5.6 Werden Räume nach der Benutzung in so verschmutztem Zustand hinterlassen oder zurückgegeben, dass den Universitätsbediensteten die Reinigung nicht zugemutet werden kann, so kann die TU Braunschweig vom/von der Veranstalter/in verlangen, die Reinigung binnen sechs Stunden selbst vorzunehmen oder auf seine/ihre Kosten vornehmen zu lassen. Kommt der/die Veranstalter/in diesem Verlangen innerhalb der genannten Frist nicht nach, kann die TU Braunschweig die Reinigung auf Kosten des/der Veranstalters/Veranstalterin veranlassen.
- 5.7 Gerichtsstand ist Braunschweig, soweit dies gesetzlich zulässig vereinbart werden kann.


#### 6. In-Kraft-Treten

Die Überlassungsbedingungen gelten ab 01.04.2000.

Zum gleichen Zeitpunkt treten die auf den MWK-Erlassen vom 05.10.1987 und 21.02.1990 basierenden Richtlinien außer Kraft.

Braunschweig, den 22.03.2000

In Vertretung

  
\_\_\_\_\_  
Kanzler



## Preisliste

Stand: 01.04.2000

### A Grundsätze

1. Für die Überlassung von Universitätseinrichtungen sind die unter B aufgelisteten Entgelte zu zahlen.
2. Von der Entgeltpflicht befreit sind die Veranstaltungen bzw. Veranstaltungsträger der Kategorie I.

Zur Kategorie I gehören Veranstaltungen,

- der verfassten Studentenschaft, ihrer Organe und Gliederungen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach § 44 Abs. 3 und 4 NHG,
- registrierter studentischer Vereinigungen,
- die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aufgabenstellung der TU Braunschweig (§§ 2 und 3 NHG, z. B. Fachtagungen und Seminare) stehen und unter Beteiligung von Universitätseinrichtungen durchgeführt werden,
- von Vereinigungen zur Förderung der Universität und Universitätseinrichtungen,
- von Kooperationspartnern, soweit eine entsprechende entgeltfreie Nutzung vereinbart ist.

3. Die Entgelte für Veranstaltungen der nachstehend aufgeführten Kategorie II werden um 50 % ermäßigt.

Zur Kategorie II gehören Veranstaltungen,

- von wissenschaftlichen, künstlerischen oder technisch-wissenschaftlichen Gesellschaften,
- von anerkannten Trägern der Erwachsenenbildung (z. B. Volkshochschulen),
- von Behörden,
- von oder zugunsten von Organisationen, die vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt sind,
- die dem allgemeinen Interesse der Wissenschaft, der Erziehung oder der allgemeinen Bildung dienen und von Verbänden, politischen Parteien, Gewerkschaften oder gemeinnützigen Vereinen durchgeführt werden.

4. Des Weiteren kann eine Befreiung oder Ermäßigung von Entgelten auf Antrag ausgesprochen werden, wenn ein besonderes Interesse der Universität an einer Veranstaltung gegeben ist.
5. Vorbehalt:  
Eine Ermäßigung oder Befreiung von der Entgeltpflicht ist ausgeschlossen, wenn mit der Veranstaltung Einnahmen von erheblichem Umfang verbunden sind.



## B Entgeltsätze

### 1. Hörsäle/ Räume

Für die Überlassung von Hörsälen oder sonstigen Räumen werden für Veranstaltungen bis zur Dauer von drei Stunden (einschließlich Zu- und Abgang der Besucher) folgende Entgelte erhoben:

a) Außerhalb der Heizperiode - 01.05. bis 30.09. –, mehr als

800 Plätze	450 DM
700 Plätze	375 DM
600 Plätze	300 DM
500 Plätze	275 DM
400 Plätze	250 DM
300 Plätze	188 DM
200 Plätze	150 DM
100 Plätze	125 DM
50 Plätze	75 DM

unter 50 Plätze 50 DM

Aula 180 DM

b) Während der Heizperiode – 01.10. bis 30.04. –, mehr als

800 Plätze	500 DM
700 Plätze	425 DM
600 Plätze	350 DM
500 Plätze	325 DM
400 Plätze	288 DM
300 Plätze	225 DM
200 Plätze	188 DM
100 Plätze	150 DM
50 Plätze	100 DM

unter 50 Plätze 63 DM

Aula 225 DM

c) Der Zuschlag für jede weitere Stunde sowie für die Nutzung an Sonn- und Feiertagen beträgt je 30 v. H. der vorstehenden Sätze.



## 2. Flächen

Für die Überlassung von Flächen werden Entgelte wie folgt erhoben:

- |    |  |         |       |
|----|--|---------|-------|
| a) | Räume und Eingangshallen (Foyers) für Ausstellungszwecke |         |       |
|    | je Stand bis zu 5 qm Stellfläche                         | pro Tag | 25 DM |
|    | für jeden weiteren angefangenen qm Stellfläche           | pro Tag | 5 DM  |
| b) | Außenflächen für Ausstellungszwecke                      |         |       |
|    | je Stand bis 5 qm Stellfläche                            | pro Tag | 10 DM |
|    | für jeden weiteren angefangenen qm Stellfläche           | pro Tag | 2 DM  |
| c) | Außenflächen für sonstige Veranstaltungen                |         |       |
|    | je angefangene 500 qm                                    | pro Tag | 50 DM |

## 3. Geräte

Für die Überlassung von Geräten werden nachstehende Entgelte erhoben:

CAD	200 DM	pro Veranstaltung
Overheadprojektor	15 DM	pro Veranstaltung
Microportsender	15 DM	pro Veranstaltung
Verstärkeranlage	100 DM	pro Veranstaltung
Videorekorder und Fernseher	40 DM	pro Veranstaltung
Diaprojektor	15 DM	pro Veranstaltung
Leinwand	15 DM	pro Veranstaltung
Stellwand	1 DM	pro Tag

Bei der Überlassung von sonstigen Gegenständen zum Gebrauch wird für Veranstaltungen bis zur Dauer von drei Stunden ein Entgelt in Höhe von 1 v. H. des Beschaffungswertes, höchstens jedoch 150 DM je Gegenstand, erhoben; für jede weitere angefangene Stunde davon 30 v. H.

## 4. Zusätzliche Personalkosten

Dienstleistungen, die das Auf- und Abschließen der Räume betreffen, sind in den o. a. Preisen enthalten. Darüber hinausgehende Personalkosten (z. B. für aufsichtsführendes Personal oder Techniker), die durch zusätzliche Dienstleistungen entstehen, werden gemäß unten stehender Tabelle in Rechnung gestellt.

	BBesG	BAT	MTArb	pro Stunde
Student. Hilfskraft				30 DM
Einfacher Dienst	A1 – A4	X – IXa	1 – 2a	48 DM
Mittlerer Dienst	A5 – A8	VIII – Vc	3 – 6a	62 DM
Gehobener Dienst	A9 – A12	Vb – III	ab 7	84 DM
Höherer Dienst	ab A13	ab IIb	-	117 DM

## 5. Sonstige Kosten

Telefon- und Faxgebühren werden dem Veranstalter oder der Veranstalterin gesondert in Rechnung gestellt.